

Suche nach richtigem Partner

Sechs Prüfsteine legte die IHK Reutlingen den hiesigen Bundestags-Direktkandidaten auf dem Wahlpodium in der Kreissparkasse vor. Der Antworten wegen blieb es bei Energie, Steuer und Straßenbau. ANNE LEIPOLD

Reutlingen. Steigende Strompreise und eine unausgereifte Energiepolitik stoßen der Wirtschaft auf. Wie soll da die Versorgung gesichert sein, wie mit Europa konkurrenzfähig bleiben? Immerhin seien die deutschen Strompreise doppelt so hoch wie in den USA und teurer als in China, weiß Reutlingens IHK-Hauptgeschäftsführer Dr. Wolfgang Epp als Moderator des Abends. Mit diesem Thema ging es auf dem Wahlpodium in der neuen Kundenhalle der Kreissparkasse gleich in die Vollen. An die gesetzte Redezeit von zwei Minuten hielt sich dabei keiner der Kandidaten.



Den Prüfsteinen Energie, Steuern und Straßenbau stellten sich am Mittwochabend in der Kreissparkasse Reutlingen Michael Donth, Günter Herbig, Rebecca Hummel, Pascal Kober und Beate Müller-Gemmeke (von links). IHK-Hauptgeschäftsführer Dr. Wolfgang Epp (dritter von rechts) moderierte. Foto: Anne Leipold

CDU-Kandidat Michael Donth sieht große Chancen in der Energiewende. „Wir müssen eine Verlässlichkeit hinbringen“, trifft er den bisherigen Knackpunkt. Diese will auch Beate Müller-Gemmeke (Grüne) in die Energiewende bringen und betont, dass der Atomausstieg ein rot-grüner Erfolg sei. Wichtig sei, die Strombörse den Kriterien der erneuerbaren Energien anzupassen: Klimaschutz, Flexibilität, Sicherheit. Zudem brauche es ein klares Konzept, was langfristig gebraucht werde. Nur von einem geradlinigen Vorgehen würden alle profitieren.

Pascal Kober (FDP) hat gleich drei Vorschläge zur Hand: Stromsteuer absenken, den Spielraum der EEG-Umlage von einer Plan- zu einer Marktwirtschaft umsteuern in Form eines Mengenmodells, und schließlich die Anbieter zu verpflichten, Abnehmer nachzuweisen.

Die Stromsteuer zu senken sei kurzfristig gedacht, langfristig müsse Konstanz in die erneuerbaren Energien gebracht werden, so Rebecca Hummel (SPD), die die energetischen Sanierungen der Firmen lobte. Und: Das Teure sei die Atomenergie. Vieles sei aus den Kosten herausgerechnet worden, wie die Endlagerung und die Versicherungen. Da stimmte Linke-Kandidat Günter Herbig ein: „Die Atomenergie ist die teuerste Energie, die wir uns jemals geleistet haben.“

Den Atomausstieg findet Michael Rampf, Geschäftsführer der Rampf-Gruppe, gut. Allerdings stehe sich die Umweltpolitik manchmal selber im Weg. Wie aber steht's mit der Mineralölsteuer? Bei jeder Erhöhung kassiere auch der Staat mit, weiß der Unternehmer und trifft den Nerv der Zuhörer. Diese sei nämlich erheblich teurer als im restlichen Europa, sagte Eberhard Ankele, Geschäftsführender Gesellschafter von Öl-Ankele. Wie sollen die Unternehmen da im Wettbewerb bleiben? Dieselben Voraussetzungen sollten innerhalb Europas geschaffen werden. Und da sind sich alle Kandidaten einig, sprechen von „Harmonisierung auf europäischer Ebene“ und „Energiepolitik europäisch denken“.

Inzwischen ist die erste Stunde verstrichen, fünf Prüfsteine stehen noch auf Epps Liste. Das Thema Steuern im Schweinsgalopp über die Bühne zu bringen, scheint unwahrscheinlich. Hier haben Donth und Kober Oberwasser, sie wollen, wie die Wirtschaft, Steuern senken. Hummel, Müller-Gemmeke und Herbig stehen für die Erhöhung der Vermögens- und Erbschaftssteuer, betonen aber, dass es keine Substanzbesteuerung geben soll.

Das zu sagen sei aber naiv, meint Michael Rampf. Bei Familienunternehmen stecke immer das eigene Geld in der Firma. Bei einer solchen Erhöhung tue er sich mit Investitionen schwer, was sich auch auf Arbeitsplätze auswirke. Er sieht hierin den „gravierend falschen Weg“, statt Steuern zu erhöhen sollte die Administration beginnen zu sparen. Johannes Schwörer pflichtete bei, sinnvoll sei, darüber nachzudenken, wo bei den Ausgaben gespart werden könne und spielte auf den Föderalismusgedanken an.

Schließlich blieben angesichts der Zeit Epp nur noch zehn Minuten, um auf den Straßenbau einzugehen. Hier stehen Donth und Kober eindeutig für die PKW-Maut, die allerdings nur für Baden-Württemberg beschlossen sei, nicht aber für den Bund. Deutschlandweit sei die Maut nicht mehrheitsfähig, würde also nicht kommen, so Donth.

Müller-Gemmeke sah sich der Kritik an Verkehrsminister Winfried Hermann gegenüber, da hier nur 40 Prozent in den Straßenbau fließen sollen. Sie rechnete vor, dass bei den vorhandenen Mitteln 80 Jahre ins Land gehen, um die Liste abzuarbeiten, sie sieht die Priorisierung als den richtigen Weg an. Außerdem werde sie sich weiterhin für den Alaufstieg stark machen, dafür habe sie unterschrieben.